

### Die Herzogthümer und Preußen.

In den Schleswig-Holsteinischen Landen ist jetzt fast überall die Ueberzeugung zur Geltung gelangt, daß die Geschicke der Herzogthümer nur im engsten Anschlusse an die norddeutsche Großmacht Preußen sich hoffnungsvoll entwickeln und gegen die Wechselfälle der Zukunft gesichert werden können.

Viele einflussreiche und geachtete Männer sind hiervon so sehr durchdrungen, daß sie in Uebereinstimmung mit einem großen Theile des preussischen Volkes die unmittelbare Verbindung Schleswig-Holsteins mit dem Königreich Preußen für die glücklichste und wünschenswertheste Lösung der Frage halten.

Selbst diejenigen aber, welche die Gründung eines eigenen und selbstständigen Schleswig-Holsteinischen Staates wollen, und welche theilweise an ihrer früheren Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg, sei es aus Gewissensgründen, sei es aus Parteinutzen, unbedingt festhalten, haben sich doch durch die Gewalt der Thatfachen und der öffentlichen Ueberzeugung genöthigt gesehen, einen engen Anschluß des künftigen Schleswig-Holsteinischen Staates an Preußen als durchaus wünschenswerth zuzugestehen; nur wollen sie, daß vor Allem ihr vermeintlich allein berechtigter „Herzog“ als Landesherr eingesetzt und diesem unter Mitbestimmung der Landesvertretung überlassen werde, über jenen Anschluß und zumal über das Maaß und die Ausdehnung desselben mit Preußen zu verhandeln.

Einen solchen Gang der Sache kann aber weder Preußen, noch ein wirklicher Schleswig-Holsteinischer Patriot für zulässig halten. Abgesehen von der weiteren Erledigung der Frage: wer überhaupt in Schleswig-Holstein zu herrschen berechtigt und berufen ist, — kann die Sicherung und der Schutz der Schleswig-Holsteinischen Lande nicht ungewissen Verhandlungen der Zukunft preisgegeben werden, sondern Preußen, wie Schleswig-Holstein selbst, müssen vor Einsetzung irgend einer Regierung völlig darüber gesichert sein, daß es Preußen durch die Einrichtungen des neuen Staates möglich gemacht sein werde, demselben vollen und wirksamen Schutz zu gewähren.

Den Beruf und die Pflicht dieses Schutzes soll Preußen nicht etwa erst überkommen, sondern die militairische norddeutsche Großmacht, als der einzige Staat, welcher den norddeutschen Küstenstaaten solchen Schutz gewähren kann, hat von vorn herein und unbestreitbar die nationale Pflicht hierzu; deshalb hat derselbe auch das Recht, zu verlangen, daß ihm die Mittel und Wege zur Erfüllung dieser Pflicht eingeräumt werden.

Wenn aber Preußen die Herzogthümer künftig gegen jeden feindlichen Angriff schützen und verteidigen soll, so ist zu fordern, daß die Wehrkraft der Herzogthümer mit der preussischen Armee und Flotte innig verbunden und verschmolzen werde. Es kann für jenen Zweck nicht genügen, daß etwa eine bloße Militair-Convention, ein Abkommen, wie es mit einzelnen anderen deutschen Staaten besteht, auch zwischen Preußen und Schleswig-Holstein abgeschlossen werde, sondern nur die vollständigste Vereinigung der beiderseitigen Wehrkraft wird einem Verhältnisse entsprechen, in welchem Preußen zum Schutz der bedrohten Nordmarken nöthigen Falls mit seiner ganzen Kraft einzutreten haben wird.

Diese innige Verbindung mit Preußen ist namentlich in Betreff unserer Flotte von erheblicher Bedeutung: indem gerade der dauernde Schutz Schleswig-Holsteins uns noch dringender als bisher auf die rasche Vermehrung und Entwicklung der preussischen Seemacht hinweist, wird andererseits die Heranziehung der Schleswig-Holsteinischen Küstenbewohner und deren Ausbildung auf der gemeinsamen Flotte ein wirksames Mittel für die Förderung jener nationalen Aufgabe sein.

Der Schutz der Herzogthümer zu Lande und zu Wasser wird bei der dem Angriff so ausgesetzten Lage derselben unzweifelhaft vielfache Befestigungen erfordern: um dieselben in voller Zuversicht ausführen und in allen Zeiten sicherstellen zu können, bedarf Preußen der vollen Verfügung über die dabei in Betracht kommenden Gebiete. Es dürfte sich hierzu vornehmlich um die militair-

rischen Stellungen auf beiden Seiten des Allensundes (Düppel und Allsen), um den Kriegshafen in der Kieler Bucht, so wie um die Befestigung und die Kriegshäfen an den beiden Endpunkten des anzulegenden Nord-Ostsee-Kanals handeln.

Die enge Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen wird sich jedoch noch auf anderen Gebieten als wünschenswerth und nothwendig für beide Theile herausstellen. Die für Deutschland wieder errungenen Nordmarken in den Stand zu setzen, ihre reichen Kräfte nicht bloß für die Entwicklung der Land- und Seemacht, sondern auch der gewerblichen Interessen des gemeinsamen Vaterlandes wirksam zu verwerthen — das bezeichnete unser König schon in der jüngsten Thronrede als die Aufgabe seiner Politik.

Soll diese Aufgabe erfüllt werden, so werden die Herzogthümer vor Allem in den Verband des deutschen Zollvereins zu ziehen sein. Dies sowohl, wie der Anschluß an die großen Verkehrs-Anstalten des preussischen Staats sind Forderungen, deren Vortheile für die Herzogthümer dort bereits fast allseitig erkannt werden.

Nur unter solchen unerläßlichen Voraussetzungen und nur insoweit deren Ausführung völlig gesichert ist, kann Preußen seine Aufgaben in den Herzogthümern wahrhaft erfüllen und demgemäß zu irgend einer definitiven Regelung der wichtigen Frage die Hand bieten.

Welcher Art diese Regelung aber schließlich überhaupt sein kann und wird, darüber wird neben der Prüfung aller Rechte auch die Erwägung des Gesamtinteresses der Herzogthümer, so wie Preußens und Deutschlands entscheiden.

(Die Erklärung der preussischen Regierung) über die nothwendigen Beziehungen der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu Preußen ist am 25. durch den preussischen Gesandten in Wien übergeben worden.

Die Mittheilungen einzelner Wiener Blätter über den Inhalt dieser Erklärung beruhen auf bloßen Vermuthungen und Erfindungen.

Se. Majestät der König ist von seinem letzten Unwohlsein vollständig wiederhergestellt.

Se. Königliche Hoheit der Kronprinz reiste in voriger Woche nach Urolsen (Fürstenthum Waldeck), um mit der dortigen Fürstlichen Familie das Tauffest des jüngstgeborenen Prinzen zu feiern, und traf am Sonntage wieder in Berlin ein.

Am 1. März begiebt sich das hohe Kronprinzliche Paar nach Stettin und gedenkt daselbst etwa drei Wochen zu verweilen. Se. Königliche Hoheit ist bekanntlich Statthalter von Pommern und kommandirender General des 2. (pommerschen) Armeecorps.

(Die Hauptaufgabe des Abgeordnetenhauses) ist die Mitwirkung zur Feststellung des jährlichen Staatshaushalts.

Nachdem die Berathung des Budgets für 1865 nicht, wie es die Absicht der Regierung war, schon im vorigen Jahr erfolgen konnte, weil in Folge der Stellung des Abgeordnetenhauses zur Regierung auch das Budgetgesetz für 1864 nicht zu Stande kam, hat die Regierung den Voranschlag für 1865 unverzüglich nach dem Beginn der diesmaligen Session vorgelegt.

Das Abgeordnetenhaus hat jedoch in dem seither verfloßenen Zeitraum von sieben Wochen die eigentliche Budgetberathung noch nicht begonnen; vielmehr will die betreffende Kommission zuvörderst einen sogenannten Generalbericht über den Staatshaushalt erstatten, dessen Zweck und Ziel nicht sowohl die wirkliche Mitwirkung zur Feststellung des vorgelegten Budgets, als vielmehr die Nichtberathung desselben zu sein scheint.

Dieser vorläufige Generalbericht soll jetzt endlich dem Hause mitgetheilt werden. Derselbe dürfte umfassende Erörterungen ver-

anlassen, welche jedoch, wie Jedermann vorhersehen kann, zu irgend einem Ergebniß für den diesjährigen Staatshaushalt nicht führen können.

Ob und wann das Haus demnächst an die wirklichen Staatshaushaltsberatungen, das heißt an die Erfüllung seiner nächsten Aufgabe und Pflicht, herangehen wird, ist noch nicht zu übersehen.

### Stimmen über das Abgeordnetenhaus.

Die Absicht der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus, alle neuen Unternehmungen und Anlagen des preussischen Staats zum Stillstand zu bringen, bis die Regierung in der Auslegung des Budgetrechts dem Hause den Willen gethan habe, erregt immer mehr den Unmuth der preussischen Bevölkerung. Fast sämtliche öffentliche Blätter, mit Ausnahme der rein demokratischen, äußern sich bereits höchst bedenklich über das gemeinschädliche Vorhaben und suchen das Haus von seinen beabsichtigten Beschlüssen zurückzubalten. Zeitungen, welche früher Schritt vor Schritt den Wegen des Abgeordnetenhauses folgten, erheben jetzt täglich ihre Stimme zu ernstlichen Mahnungen und Warnungen an dasselbe.

Es ist lehrreich, einige dieser Stimmen zu vernehmen. Die liberale »Schlesische Zeitung« beklagt, daß das Abgeordnetenhaus jede Frage zu einer Budgetfrage mache und allen Vorlagen, welche im unaufschiebbaren Interesse des Landes zum Gesetze werden sollten, ein bloßes »Nein« entgegensetze.

Dieser Zustand sei kein glücklicher, am wenigsten für den Austrag des Verfassungstreites. Die Regierung werde dadurch genöthigt, auch ohne Budget weiter zu regieren, und Niemand werde ihr das verdenken können, »denn sie ist der unmittelbare Beweger der Staatsmaschine, und diese darf nicht stehen bleiben, wie eine Uhr, die man nicht aufgezogen hat. Das Land ist auf den Punkt gebracht, wo es von der Regierung geradezu fordert, weiter zu regieren, gleichgültig, ob das nur thatsächlich oder zugleich vollkommen verfassungsmäßig geschehe. Das Land sagt nicht: da kein Etat zu Stande gekommen, also kein Budget vorliegt, so darf überhaupt nichts ausgegeben, also auch nichts eingenommen werden. Es küßt sich sichtlich ab, und wenn es erst während einer Reihe von Jahren gesehen haben wird, daß die Staatsmaschine trotz des budgetlosen Zustandes ihren guten Gang geht und dem Wohle des Landes dient — wird es dann noch ein gleich großes und warmes Verständniß für das verfassungsmäßige Recht haben, um das es sich heute vorzugsweise handelt — für das Steuerbewilligungsrecht, den Hauptpunkt jeder wahren Verfassung?

Das Abgeordnetenhaus rückt durch die längere Dauer dieses Zustandes mehr und mehr aus der unmittelbaren Beziehung zum Lande; seine Vertreter werden ihm gleichgiltiger, die Sache, für die sie einstehen, unverständlicher — kurz, diese Volksvertretung verliert in den Augen des Landes ihren wesentlichen Charakter, und es wird nicht mehr unbegreiflich erscheinen, warum an ihrer Stelle nicht eine andere gewählt werden sollte, welche sich leichter mit der Regierung verständigen könnte.«

Ein anderes entschieden liberales Blatt, die »Magdeburger Zeitung«, giebt dem Abgeordnetenhaus gleichfalls den Rath, sich wohl vorzusehen, ob es nicht in Betreff seiner Wähler falsche Berechnungen mache. Schon manche Volksvertretungen haben sich über den Beistand getäuscht, den ihre Bestrebungen im Volke finden würden. Es komme nicht allein darauf an, mit Starrheit einen Rechtsgrundsatz zu wahren, sondern es komme darauf an, daß das, was man thue, einen Erfolg habe, entweder daß man der Regierung gegenüber etwas durchsetze, oder wenigstens, daß man vom Volke nicht im Stich gelassen werde.

Ähnliches ist in liberalen Blättern aus allen Provinzen zu lesen.

Viel schärfer noch urtheilen die Zeitungen außerhalb Preußens, auch solche, welche sonst durchaus für das Abgeordnetenhaus Partei nahmen.

Die »Weser-Zeitung«, ein durchaus liberales Blatt in Bremen, enthält einen Aufsatz, der sich über die Anträge der Budget-Kommission sehr scharf äußert, und etwa Folgendes sagt:

»Die Absicht dieser Anträge läuft auf nichts Geringeres hinaus, als auf eine Umgestaltung des Steuersystems, eine wesentliche Minderung der Einnahmen wie der Ausgaben. Es ist allerdings eine populäre Sache, von Ermäßigung der Staatslasten zu reden. Gingen die Vorschläge durch, so würden wir Preußen eine hübsche Zahl von Millionen alljährlich weniger zu steuern und der Staat eben so viel weniger einzunehmen haben.«

Das sei nun keine Kunst, meint der Bericht weiter, denn bekanntlich sei (für den, der zahlen muß) keine Steuer etwas werth, und es werde immer einen Theil des Volkes geben, welcher die Beseitigung der einen oder der anderen Steuer wünsche. Nun aber verlange dieselbe Kommission gleichzeitig, daß für Stromregulirungen, Begebauten, Landeskultur, Volksunterricht und Wissenschaft, für Gehaltsverbesserung der Lehrer und unteren Beamten, für den Sold der Unteroffiziere und Gemeinen der Armee größere Summen als bisher verwendet werden. Das sind ja Alles sehr löbliche und sehr notwendige Zwecke, aber sie kosten Geld. Woher dies bei der Verminderung der Einkünfte nehmen? Soll auch nur der einzige Wunsch der Kommission, die Soldderhöhung für die Unteroffiziere und Gemeinen, in ausreichender Weise erfüllt werden, so geht der größte Theil der ersparten Summe wieder drauf, und für die anderen Zwecke bleibt nichts übrig, vielmehr werden wir ein erkleckliches Zuwenig in der Kasse bekommen.

»Doch nun die Hauptsache,« sagt schließlich der Bericht über die Absicht, beim Militair zu sparen. »Wir haben die Herzogthümer Schleswig-Holstein zum Theil in der Hand, zum größeren Theil müssen wir sie noch erwerben. Den Verwickelungen gegenüber, die aus dieser Aufgabe entspringen können, müssen wir alle unsere Kräfte gesammelt halten. Wir mögen unsere ausgedienten Leute im dritten Dienstjahr nach Hause schicken, aber es wäre eine kindische Thorheit, heute auch nur die Auflösung eines einzigen Bataillons zu verlangen. Und selbst wenn jener Erwerb ohne alle Verwicklung durch Anschluß oder Annexion gelänge, so bekommen wir zwei Länder, welche durch ungeheure Anstrengungen erst zu dem gemacht werden müssen, was sie für Deutschlands zukünftige Größe und Blüthe werden sollen. Wir schweigen von den Anleihen für die Befestigung von Kiel und der wichtigsten Punkte in Schleswig, für den Bau des Kanals, für die Wiederherrichtung Rendsburgs und endlich für unsere Marine. Wir reden lediglich von dem dauernden Posten, welcher künftig in unserm Marineetat wird stehen müssen. Heute betragen die ordentlichen und außerordentlichen Forderungen desselben noch nicht drei Millionen; sie werden bei der äußersten Einschränkung in nicht vielen Jahren auf acht Millionen gesteigert werden müssen. Und in einem solchen Zeitpunkt redet man von einer Herabsetzung unserer Steuern? Während wir jeden Nerv und jede Muskel zur praktischen That anzuspannen haben, sollen wir unsern Staat nach eingebildeten hohen Muffern umgestalten? Aus all diesen Gründen ist die wochenlange Arbeit der Budget-Kommission für Viele von uns leider ganz unverständlich. Es ist dies keine vereinzelte Ansicht, vielmehr ist sie in den Kreisen der Liberalen, wo man überhaupt nachzudenken pflegt, weit verbreitet.«

Eine geachtete liberale Wochenschrift »Die Grenzboten« äußert sich ähnlich über alle die bloß verneinenden Anträge im Abgeordnetenhaus. Sie sagt z. B.:

»Vor Kurzem ist ein Antrag in die Kammer gebracht worden, Verbrauchssteuern zu ermäßigen, weil die gesteigerten Einnahmen des Staates dies verstatteten. Wenn diese Maßregel beabsichtigt, die Sympathien der arbeitenden Klassen zu gewinnen, so fürchten wir, selbst dieser Zweck wird verfehlt. Denn auch der arme Konsument muß sich sagen, daß es kein großes Verdienst ist, einen solchen Antrag einzubringen, wenn man doch von der Unmöglichkeit, ihn durchzusetzen, überzeugt ist. Nicht auf solchem Wege darf die Opposition ihre Popularität suchen. Wenn sie selbst heut durch einen Zufall in Besitz der Macht käme, sie würde die Staatseinnahmen nach dieser Richtung nicht vermindern, eher steigern müssen, denn in der That ist in Preußen von einer tüchtigen Regierung so viel zu schaffen und zu bessern, daß eine liberale Zeitung in Versuchung kommen würde, nach neuen Einnahmequellen auszufragen.« —

Wird nach solchen Urtheilen des größten Theils selbst der liberalen Blätter die Mehrheit des Abgeordnetenhauses wohl noch wägen können, daß das preussische Volk ihr Auftreten billige?